

## **„Zeitgeschichte als politische Aufklärung“**

Ohne die eigene Geschichte verliert eine Gesellschaft die Orientierung. Es fehlt der Kompass für die Gegenwart und Zukunft. Wer wüsste das nicht besser als Zentralasien, stets umkämpft, oder Europa, wo gerade im 20. Jahrhundert Kriege tobten und Millionen von Menschenleben forderten. Nur in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts beruhigte sich der Kontinent. Und erst mit dem Ende des Kalten Krieges kam es zur Unabhängigkeit Usbekistans und zur Wiedervereinigung Deutschlands. Doch der Weg war und bleibt voller Mühen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem Goethe-Institut und dem Deutschen Volkshochschulverband, veranstaltete im Mai die zweite Geschichtswoche in Usbekistan: Deutschland und Usbekistan im 20. Jahrhundert. Dazu gehörte auch die Frage: Welche Rolle fällt der Geschichtsschreibung zu?

Eine mögliche Antwort lautet: Die Zeitgeschichte übernimmt die Rolle der politischen Aufklärung. Diese These vertrat Professor Udo Wengst, stellvertretender Leiter des renommierten Instituts für Zeitgeschichte in München. Doch das fällt nicht leicht, weder in Europa noch in Zentralasien. „Die Grundfarben der Geschichte sind nicht Schwarz und Weiß, ihr Grundmuster nicht der Kontrast eines Schachbretts; die Grundfarbe der Geschichte ist grau, in unendlichen Schattierungen“, schreibt der deutsche Historiker Thomas Nipperdey. Es lebt nicht die eine Geschichte, sondern stets mehrere Interpretationen, die alle mehr oder weniger dem Anspruch intellektueller Redlichkeit gerecht werden.

So antworteten bei einer kürzlich durchgeführten Umfrage des deutschen Nachrichtenjournal „Der Spiegel“, ob sich Deutschland weiter mit der DDR-Vergangenheit beschäftigen soll, knapp die Hälfte der Befragten mit ja (41%), aber die andere Hälfte (56%) mit nein, man solle einen Schlussstrich ziehen. Mehr noch: Bei einer Umfrage unter 2000 Berliner Schülern lehnten zwei Drittel die Aussage ab, in der DDR war der Alltag für viele durch Diktatur und Überwachung geprägt. Mit anderen Worten, man hat sich mit der Geschichte der Diktatur versöhnt im Sinne: so schlimm war das ja gar nicht.

So oder ähnlich lautet die Antwort bezüglich der Sowjetunion in Usbekistan und allen Republiken des ehemaligen Sowjetreiches, mit Ausnahme der baltischen Republiken. Doch wenn wir über das 20. Jahrhundert sprechen, so reden wir in Zentralasien vor allen Dingen über die Sowjetunion, und damit über die Wurzeln des modernen Usbekistan. War die fast siebzigjährige Macht der Räte gut oder schlecht für das Land? Oder sollte man so eine Frage in einem Staat nicht stellen, dass sich im Prozess der Transformation befindet, weil sie böse Geister wecken könnte?

Darüber unterhielten sich auf einer Podiumsdiskussion im Theater der jungen Welt in Taschkent sechs Historiker und Politiker. Von usbekischer Seite waren die Professoren Ravshan Abdullajev, Alischer Fajsullajev und Hamdamir Guljamov vertreten, von deutscher

Seite Dr. h.c. Joachim Gauck, Professorin Dagmar Schipanski und Prof. Udo Wengst, stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte.

Herr Gauck sprach davon, dass nach dem 2. Weltkrieg zunächst die Intellektuellen, die Wissenschaftler und einige Politiker über die Vergangenheit reden wollten, erst in einem späteren Schritt war dazu auch die Gesellschaft bereit. Nach dem Zusammenbruch der DDR sollte diese verspätete Auseinandersetzung der Gesellschaft mit der eigenen Geschichte vermieden werden. Doch es ergaben sich zwei ganz unterschiedliche Geschichten, die der Regierenden und Täter und die der Opfer.

Von usbekischer Seite wurde zum einen festgestellt, dass die Geschichte Zentralasiens im Allgemeinen und die Usbekistans im Besonderen außergewöhnlich schwierig sei. Sie sei kaum erforscht. Das sei nun auch erst seit der Unabhängigkeit möglich. Zum anderen sei die Geschichtswissenschaft eine Disziplin, die von politischen Konjunkturen abhinge. Eine stets allgemeingültige gebe es nicht.

Daraufhin stellte Herr Wengst vier Bedingungen vor, die eine moderne Geschichtsschreibung im 21. Jahrhundert erfüllen sollte:

1. Unterstützung der Politik im Sinne der Finanzierung
2. Freiheit von der Politik im Sinne keiner Einmischung
3. Geregelter Quellenzugang
4. Öffentlicher Diskurs in der Gesellschaft und der Presse

In der Diskussion mit dem Publikum stellte sich heraus, wie schwierig sich die Aufarbeitung der Geschichte in einem Land gestaltet, das multiethnisch und multireligiös ist. Jedes Volk innerhalb Usbekistan habe eine ganz unterschiedliche Sicht auf die Vergangenheit gab ein junger Teilnehmer zu bedenken. Doch, so Frau Schipanski, „ohne Herkunft keine Zukunft“. Und Herr Gauck fügte hinzu, dass es einem Volk besser gehe, wenn es Scham und Trauer zulassen könne: „Ich misstraue allen Völkern, die nur über Helden und Großtaten sprechen.“